

Der Freisinn an der Schwelle der 80er Jahre

*Referat von Nationalrat Dr. Hans Letsch, Aarau,
anlässlich der Wahlkundgebung der Freisinnig-demokratischen
Volkspartei des Kantons Aargau
im Kursaal Baden vom 11. Oktober 1979*

Imposanter Leistungsnachweis

Eines steht fest: Der Freisinn hat als starke Kraft jene Staats- und Wirtschaftsordnung mitgeprägt, die uns in beachtlichem Mass Freiheit, Sicherheit – auch soziale Sicherheit – und einen hohen, breit gestreuten materiellen Wohlstand gewährleistet. «*Niemals haben so viele Menschen so zahlreiche Möglichkeiten gehabt, Menschen zu sein*» – sagte kürzlich die Genfer Philosophin Jeanne Hersch. Es wäre jetzt ein leichtes, den Leistungsnachweis mit zahlreichen Beispielen zu erbringen. Die hinter uns liegenden Wahlkampfwochen boten allen, die sich engagiert und exponiert haben, reichlich Gelegenheit, entsprechende Fakten zu präsentieren. Sie sind imposant und überzeugend, selbst wenn politische Chefideologen zur Linken oder gewisse Journalisten sie nicht zur Kenntnis nehmen. Ich möchte deshalb heute nicht allzu lange zurückblicken, sondern das Schwergewicht auf die mannigfaltigen Herausforderungen legen, die wir an der Schwelle der 80er Jahre annehmen und beantworten müssen und wollen. Immerhin sei vorerst stichwortartig daran erinnert, was unsere freiheitlich-föderalistische Staatsordnung mit der Sozialen Marktwirtschaft geleistet hat und leistet. Vieles erscheint uns vielleicht als selbstverständlich. Es ist aber besser, sich darauf zu besinnen, bevor wir es leichtfertig oder fahrlässig preisgeben.

- Diese Ordnung erlaubt dem Einzelnen, sich seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend zu entfalten;
- sie erfordert und beweist Solidarität und Toleranz dem Schwächeren und Andersdenkenden gegenüber;
- sie schafft ein Klima der Verständigung, das einen bürgernahen Staat, Menschlichkeit in der Wirtschaft und den Arbeitsfrieden ermöglicht;
- sie hat uns allen – Arbeitnehmern, Selbständigerwerbenden und Unternehmungen – einen Wohlstand aufbauen lassen, um den uns andere Länder, vorab solche mit einer weniger freiheitlichen Wirtschaftsordnung, beneiden;
- sie gewährleistet Ruhe und Ordnung im Innern sowie die Unabhängigkeit nach aussen bisher besser als andernorts;
- sie verhütet und mildert mit einem dichten, von den Sozialpartnern und dem Staat gemeinsam geflochtenen und getragenen Netz der sozialen Sicherheit materielle Not;

- sie lässt den Staat ganz allgemein nicht darben, sondern stellt ihm reichlich Mittel (Steuern und Abgaben verschiedenster Art) zur Verfügung, um als «Leistungs»-Staat qualifiziert zu werden.

Diese wenigen Hinweise bedeuten weder Selbstzufriedenheit noch Satttheit oder gar Überheblichkeit. Sie verpflichten uns vielmehr, Schwachstellen zu festigen, Angefangenes weiter zu entwickeln, Lücken zu schliessen, vor allem aber auch Tendenzen zu erkennen, welche diese von uns mitgeprägte und mitgetragene Staats- und Wirtschaftsordnung heute gefährden. Welche Tendenzen und Gefahren fordern uns an der Schwelle der 80er Jahre in besonderem Masse heraus?

Herausforderungen

- a) Freiheit und Wohlstand sind *weltweit* bedroht. Politische Spannungen, Unterdrückung der Menschenrechte, Terror, die ungelöste Weltwährungsordnung und Energieproblematik, ja der «Raubbau am Rohstoff Natur» ganz allgemein, die Beziehungen zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern, das Flüchtlingselend usw. mögen zum Teil als weitab unserer Friedens- und Wohlstandsinsel Schweiz empfunden werden. Sie sind unserem direkten Einfluss fast ganz entzogen. Und doch dürfen sie uns nicht unberührt lassen. Sie bleiben auch nicht ohne unmittelbare oder mittelbare Rückwirkungen auf uns.
- b) Näher liegen uns Tendenzen und Gefahren *im eigenen Land*. Die härteste Rezession der Nachkriegszeit ist zwar weitgehend bewältigt. Doch sind die tiefer wurzelnden wirtschaftlichen Strukturprobleme ungelöst. Reserven, die dank der viel geschmähten Gewinne in den Jahren der Hochkonjunktur hatten erarbeitet werden können, ermöglichten das Durchhalten. Mit einer neuen Flucht nach vorn, also Umsätzen um der Umsätze willen, wird versucht, die vorübergehend unausgelasteten Kapazitäten wieder besser zu nutzen. Erträge und Gewinne bleiben aber vielfach unzureichend. Dazu kommt die Gefahr einer neuen Inflationswelle, teils aus dem Ausland an uns herangetragen, teils im Inland angefacht. Dabei sind es weniger die nüchternen, frontnahen Mitbürger aller Schattierungen (Arbeitnehmer, Landwirte, Gewerbetreibende usw.), denen der Sinn für das richtige Mass abginge. Vielmehr glauben einzelne Politiker und Verbandsfunktionäre, ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Möglichkeiten und Grenzen, mit überspitzten Forderungen ihre Existenzberechtigung nachweisen sowie mit Feindbildern und Demagogie das politische und soziale Klima vergiften zu müssen. Als Partei müssen wir gerade diese *politischen Bedrohungen* vermehrt erkennen, um ihnen dann auch wirkungsvoll zu begegnen.
- c) Mit einigen *Beispielen* soll deshalb veranschaulicht werden, welchen Herausforderungen der Freisinn an der Schwelle der 80er Jahre gegenübersteht. Als erstes gilt es, klarer als bisher das *Doppelspiel der sozialdemokratischen Parteispitze* zu durchschauen. Diese gibt sich einerseits biedermännisch, brav; andererseits stichelt sie zum Kampf und zur Systemveränderung an. Das «Janusgesicht» der Sozialdemokraten ist kürzlich in der Zeitschrift «Profil» (Sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Nr. 7/8 79, Seite 200) bemerkenswert offen wie folgt umschrieben worden:
- 5

«Die Sozialdemokratie ist zu einem Balanceakt gezwungen. Sie ist gezwungen, ein Janusgesicht zu entwickeln: nach innen – gegenüber ihrem eigenen Gewissen – muss die Sozialdemokratie Opposition zu bestehenden Verhältnissen sein, muss sie ihren Änderungswillen betonen. Nach aussen – gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den Medien, gegenüber den entscheidenden Grenzwählerschichten – muss die Sozialdemokratie Garant der allgemein akzeptierten Errungenschaften sein, muss sie ihren Änderungswillen, wenn schon nicht verleugnen, so doch vorsichtig dosieren. ... Das Problem für die Sozialdemokratie ist, dass beide Gesichter ehrlich sein müssen. Wenn die Sozialdemokratie Macht will (Macht, um verändern zu können), muss sie ihr zweites Gesicht haben, muss sie als relativ brave, relativ harmlose, garantiert ungefährliche Partei der Mitte auftreten; und da sie ja nicht nur einmal Wahlen gewinnen will, muss sie dieses Gesicht langfristig bewahren.»

Es gab und gibt sozialdemokratische Spitzenpolitiker, die diesen «Balanceakt» meisterhaft spielen. Zu ihnen gehören insbesondere die jeweiligen schweizerischen Parteipräsidenten, zur Zeit Herr Hubacher. Auf der einen Seite wird anerkannt, dass «die Schweiz ein in jeder Beziehung privilegiertes Land sei, ..., ein glückliches Land, nämlich, dass wir zu den paar wenigen reichen Ländern gehören» (so Herr Hubacher im Nationalrat). Anstatt dann aber zuzugeben, welche Staats- und Wirtschaftsordnung uns zu diesem Privileg verholfen hat, wird am Parteitag, wo man mehr unter sich ist, gedonnert: «An uns ist es, in diesem Staat zur massgeblichen politischen Kraft zu werden und diesen Staat dereinst zu führen. Heute haben wir uns einlogiert, ..., haben wir in der Kommandozentrale Einsitz genommen und bestimmen wir in einem Ausmass mit, das dem Rechtsbürgertum offenbar schon als unheimlich vorkommt. Dieses Rechtsbürgertum muss wissen, dass wir mit ihm weder einen Burgfrieden abgeschlossen haben, noch abschliessen werden, sondern dass wir mit allen aufgeschlossenen Kräften weiter an der Umgestaltung dieses Staates arbeiten wollen, solange, bis die Schweiz nicht mehr zu den kapitalistischsten aller kapitalistischen Länder gehören wird» (Hubacher). Oder: «Wir wollen vor niemandem verheimlichen, dass wir in der Schweiz grundsätzliche Veränderungen anstreben» (A. Schmid). Neuerdings scheinen auch Gewerkschaftsführer vergessen zu haben, was die Sozialpartnerschaft und der Arbeitsfriede diesem Lande – und zwar insbesondere auch den Arbeitnehmern – gebracht hat. Sie setzen den Arbeitsfriede

den m.E. allzu leichtfertig aufs Spiel und rufen lautstark nach Systemveränderung. So möchte der Zentralsekretär der Gewerkschaft Textil-Chemie-Papier die Friedenspflicht relativieren und seine Mitglieder auf «allfällige Kämpfe» vorbereiten. «Gewerkschaftliche Ziele müssen neue Dimensionen erhalten. Grundsätzliche Forderungen nach Veränderung des Gesellschaftssystems sind notwendig» (Gewerkschaftskorrespondenz Nr. 34/1978). Auch der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat R. Müller, schlägt forsche Töne an. Er möchte in gewissen Sektoren der Wirtschaft die Mitbestimmung überspringen und direkt zur Selbstverwaltung übergehen. «Selbstverwaltung, das ist ganz klar, bedeutet ein anderes Wirtschaftssystem» (Agenturmeldung ddp 6. Oktober 1979). Welches Wirtschaftssystem? Vielleicht jenes von England oder Schweden oder ein noch staatsgläubigeres? Das Ziel der SPS-Führungsspitze ist jedenfalls klar: *Machtanspruch zwecks Systemveränderung*. Darüber vermögen auch die beschönigenden Worte des aargauischen Ständeratskandidaten A. Schmid anlässlich der Vorstellung seiner Partei im Radio DRS nicht hinwegzutäuschen.

Doch nicht nur das Ziel und die Taktik, sondern auch die *Mittel*, deren sich die sozialdemokratische Führungsspitze bedient, bedeuten für uns eine Herausforderung. «Unser bestes Vertrauenskapital ist unsere eigene Glaubwürdigkeit» – rief Herr Hubacher am diesjährigen Parteitag aus. «Unser gutes Beispiel sind Fairness und Toleranz innerhalb der Partei und mit Aussenstehenden. Sie ist auch eine Form der Lebensqualität.» Wo aber bleibt die *Glaubwürdigkeit, die Fairness und Toleranz* in Wahl- und Abstimmungskämpfen? Ist der oben umschriebene Balanceakt glaubwürdig? Ist es glaubwürdig und fair, wenn im sogenannten «Schatzkästlein» der SPS, das – wie es heisst – Fakten und Argumente bieten will, behauptet wird, die Bundeskasse hätte im Jahre 1978 117 Mio. Franken Verluste aus der Exportrisikogarantie übernehmen müssen? Tatsache ist, dass diese Verluste bis heute vollständig aus Prämien der Versicherten bzw. aus der daraus finanzierten Rückstellung gedeckt werden. Ist es glaubwürdig und fair, wenn massgebende Sozialdemokraten den Appell der Freisinnigen zur Besinnung und zum Atemschöpfen für den weiteren Ausbau der Sozialwerke als Rückschritt oder «Wegweiser zum Armenhaus» qualifizieren und dieses Reizwort mit unwahren Angaben über die «Axt am AHV-Fonds» zu belegen suchen? Ist es glaubwürdig und tolerant, wenn die SP in ihrem Programm das Recht auf

freie Information und begründete Gegendarstellung postuliert, der Freie Aargauer aber erst kürzlich auf die Gegendarstellung zu einem über mich persönlich verbreiteten Märchen grosszügig verzichtet hat?

In dasselbe Kapitel gehören die verschiedenen *Feindbilder*, mit denen wohl die politische Bühne belebt, gleichzeitig aber der Arbeitsfriede gefährdet und kein einziges Problem gelöst wird. Werkplatz und Finanzplatz Schweiz beispielsweise sind keine Rivalen; auch ist der sogenannte Werkplatz nicht an sich gut und der sogenannte Finanzplatz an sich schlecht (wobei diese Begriffe erst noch näher zu definieren wären). Wer nicht einsieht, dass wir alle, ganz gleichgültig, wo und in welcher Stellung wir in unserer Volkswirtschaft wirken, nur als *Steuermann und Ruderer in einem Boot* Chancen haben, den künftigen Stürmen zu trotzen, ist entweder blind oder uneinsichtig. Besonders pikant wird es, wenn Herr Renschler in der letzten Session des Nationalrates die Bemühungen der Banken um bessere Information (auch der Parlamentarier) zum vornherein als egoistisch abtat, dieselben Bemühungen beispielsweise der Gewerkschaften, einschliesslich des VPOD, aber als dem Allgemeinwohl dienend verteidigte.

Welches ist nun unsere freisinnige Antwort auf diese und viele andere Herausforderungen politischer, wirtschaftlicher und anderer Art?

Unsere Antworten

Eine erste Antwort sind *klarere Positionen im politischen Willensbildungsprozess*. Natürlich wissen wir, dass es Demokratie ohne Kompromiss nicht gibt. Und weil wir zur Demokratie ja sagen, sagen wir auch ja zum Kompromiss. Aber die Versuchung ist gross, dass in der freundschaftlichen Atmosphäre parlamentarischer Wandelhallen (die es nicht nur in Bern gibt) allzu früh Kompromisse geschlossen, dass eigene Positionen allzu rasch preisgegeben und Grundsätze allzu leicht verwässert werden. Diese unsere Nachgiebigkeit hat der Linken ihren erfolgreichen *«Marsch durch die Institutionen»* erleichtert und da und dort das Fundament unserer freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung aufgeweicht. Klare Positionen beziehen heisst nicht sture Konfrontation, sondern faire, aber grundsatztreue Ausmarchung. Die Erfahrung zeigt, dass der Souverän in Sachfragen oft freisinniger entscheidet als das Parlament. Das darf uns anspornen, auch die künftigen Herausforderungen mutig anzunehmen. Neben dem Wie stellt sich damit aber gleich die Frage, womit wir diesen Herausforderungen begegnen. Das ist unsere zweite Antwort:

Wir Freisinnigen sagen auch in Zukunft *ja zu unserem Staat*, einem Staat, der einerseits *bürger nah* und *stark*, andererseits sich *seiner Grenzen bewusst* ist. Die heutige Bundesverfassung mag uns ästhetisch und sprachlich vielleicht missfallen. Sie setzt aber klare Prioritäten, die auch über die Schwelle der 80er Jahre hinaus Gültigkeit haben, ja vermehrte Beachtung verdienen. Ich denke an die Solidarität in ihren verschiedensten Formen, an das klare Bekenntnis zum kleinen, überschaubaren Raum, d.h. zur Gemeinde und zum Kanton, ferner an die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung im Innern sowie an die Behauptung der Unabhängigkeit nach aussen. Diese Ziele erfordern einen föderalistischen und in seinen Ordnungsfunktionen starken Staat, einen Staat aber, der die persönliche Freiheit und die Selbstverantwortung nicht über Gebühr beschneidet. *Wir Freisinnigen lehnen das Bild vom Menschen, der zum vornherein unmündig, hilfsbedürftig und schlecht ist, ab*. Wir sagen demnach nein zum *«Mythos der staatlichen Machbarkeit»*, zu jener Staatsgläubigkeit also, welche die Gesetzes- und Ausgabenflut anschwellen lässt, bürokratischen Schematismus begünstigt, Selbsthilfe und Initiative lähmt und die Solidarität durch Sozialisierung zu ersticken droht. Daraus erklärt sich auch unser Nein zur kürzlich publizierten Initiative der SP des Kantons Aargau für eine wirksame Beschäftigungspolitik. Sie ist allzusehr geprägt vom Misstrauen gegenüber einer Wirtschaft, die bisher nicht versagt hat, und umgekehrt von der Illusion, staatliche

Organe vermöchten besser als die an der wirtschaftlichen Front Tätigen die Lage zu beurteilen und richtig zu entscheiden.

Wir Freisinnigen sagen deshalb drittens auch in Zukunft *ja zur freiheitlichen, sozialen Marktwirtschaft*. Sie hat den Nachweis erbracht – und zwar als einzige Wirtschaftsordnung weit und breit –, dass sie langfristig einen hohen und breit gestreuten materiellen Wohlstand, einschliesslich sozialer Sicherheit, zu gewährleisten vermag. Beides ist Voraussetzung (nicht Inhalt) der *Menschenwürde*, individueller *Entfaltung* und des persönlichen *Glücks*. *Wir verstehen die Marktwirtschaft somit nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck*. Sie erfordert auch in Zukunft risikofreudige Unternehmer und Kapitalgeber, angemessene Gewinne und eine entsprechende Ertragskraft der Unternehmungen, und zwar nicht zuletzt der vielen Klein- und Mittelbetriebe in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Sie erfordert ferner eine auf gegenseitigem Vertrauen basierende Sozialpartnerschaft, und schliesslich einen Staat, der mit seiner Infrastruktur, seinen Ordnungs- und Ausgleichsfunktionen fördert und hilft, ohne allzusehr zu beengen. Unser Ja zu diesen übergeordneten Zielen erfordert ein Nein zu staatlichen Geboten und Verboten, welche einzelne Missstände hochspielen, verallgemeinern und so auch dort Freiheiten beschneiden, wo die Verantwortung intakt ist. Sie erfordern ein Nein zu übermässigen Steuern und Abgaben irgendwelcher Art, welche die Verfügungsfreiheit über Einkommen, Ertrag und Vermögen immer mehr schmälern und die Wiedererstarkung unserer Wirtschaft verzögern. Gerade in der Steuerpolitik haben wir das Mass verloren. Wir Freisinnigen fordern deshalb mehr Mass, damit wir dann – und das gemeinsam beispielsweise mit der CVP – «das richtige Mass» wieder finden!

Schlussbemerkungen

Es gehört offenbar zu den Nervositäten eines politischen Wahlkampfes, dass Spitzenpolitiker und Journalisten entweder aus Ehrgeiz oder Hilflosigkeit hie und da entgleisen. Für schweizerische Parteipräsidenten trifft wohl eher das erste, für den Redaktor des Freien Aargauers eher das zweite Motiv zu. Wenn Herr Wyer die Freisinnigen bezichtigt, «das Signal zum sozialen Abbau zu geben», oder jenen Staat abbauen zu wollen, als dessen Schöpfer wir jahrzehntelang aufgetreten seien (vgl. NZZ vom 8.10.79), so entbehren diese Beschuldigungen jeder sachlichen Grundlage. Sie erschweren auch jenen *Schulterschluss unter den bürgerlichen Parteien, der eine wirksame Antwort an die sozialdemokratischen Machtansprüche auf Systemveränderung wäre*, jenen Schulterbeschluss, um den wir uns im Kanton Aargau zur Zeit ernsthaft und – wie ich hoffe – erfolgreich bemühen. Und wenn uns der Freie Aargauer vom 9. Oktober 1979 «Staatsverteufelung» vorwirft, so vermag er offenbar nicht zu unterscheiden zwischen *unserem Staat, zu dem wir stehen*, und der sogar Herrn Hubacher imponiert, einerseits, und den von gewissen Sozialdemokraten scheinbar ersehnten, von uns tatsächlich nicht begehrten sozialistischen Staaten andererseits, Staaten mit viel Machtfülle, dafür aber weniger Bürgernähe, Freiheit und Wohlstand.

Die Zukunftsperspektiven an der Schwelle der 80er Jahre brauchen uns nicht pessimistisch zu stimmen. Pessimismus lähmt und führt nicht weiter. Sie sind aber immerhin so ernst, dass alle, die sich auf dem politischen Parkett um Lösungen bemühen, sich nicht mehr länger in kleinlichem Gezänk, in Prestigedenken und Demagogie verlieren sollten. Zu viel steht auf dem Spiel. Es geht darum, das Wesentliche zu erkennen. Wir wollen und wir müssen das, was Alexander Rüstow in seiner umfassenden Ortsbestimmung der Gegenwart nach dem Zweiten Weltkrieg als den *«ungeheuren Vorsprung der freien Welt»* bezeichnet hat, läutern, festigen und ausbauen. Diese Chance ist echt und gibt uns *Zuversicht*. Deshalb sind in den letzten Wochen auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten Tag für Tag Hunderte von Kilometern durch den schlafenden Aargau gefahren (wie es das Aargauer Tagblatt ausgedrückt hat), um für unsere Ziele einzustehen, um sie zu erklären, mit Fakten zu belegen, um zu kämpfen und zu überzeugen. Nicht alle werden in den Wahlen einen persönlichen Erfolg buchen können. Darauf kommt es auch nicht an. Entscheidend ist *die Gewissheit, für ein Gedankengut eingetreten zu sein, das – allen gegnerischen Unkenrufen und billigen Sprüchen zum Trotz – hohe Ideale verkörpert und das Allgemeinwohl fördert*. Dieses Gedankengut immer wieder weiterzutragen, bleibt unsere gemeinsame Auf-

